

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 29 | 22.07.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 58/2016](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung des § 62a Abs. 1 Z 10 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl I 59/2016](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung einer Wortfolge in § 62a Abs. 1 Z 4 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 191/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die **Störfallinformationsverordnung** geändert wird

[BGBl II 192/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über die **Kosten der schiffahrtspolizeilichen Verkehrsregelung, Überwachung und Hilfeleistung auf Wasserstraßen**

[BGBl III 129/2016 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Republik **Österreich** und der Bundesrepublik **Deutschland** über die Durchführung von Artikel 83^{bis} des **Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 191 v 15.07.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2016 zur Festlegung eines **Mehrjahresplans** für die Bestände von Dorsch, Hering und Sprotte in der Ostsee und für die **Fischereien**, die diese Bestände befischen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 2187/2005 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 1098/2007 des Rates

[ABI L 193 v 19.07.2016, 1](#)

Richtlinie (EU) 2016/1164 des Rates vom 12. Juli 2016 mit Vorschriften zur **Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken** mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Funktionieren des **Binnenmarkts**

[ABI L 194 v 19.07.2016, 1](#)

Richtlinie (EU) 2016/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2016 über Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen **Sicherheitsniveaus** von **Netz- und Informationssystemen** in der Union

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

14.06.2016, [G 72/2016](#) (Anlassfall [G 378/2015](#))

VfGG; WohnungseigentumsG; Verfassungswidrigkeit der generellen Ausnahme des **wohnungseigentumsrechtlichen Außerstreitverfahrens** von der Möglichkeit der Stellung eines **Parteiantrags auf Normenkontrolle**; keine Erforderlichkeit im Sinne einer Unerlässlichkeit der Regelung des VfGG für die Sicherung des Zwecks des Verfahrens

14.06.2016, [G 645/2015](#)

VfGG; Verfassungswidrigkeit der generellen Ausnahme betreffend Verfahren der **justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen** von der Möglichkeit der Stellung eines **Parteiantrags auf Normenkontrolle**; keine Erforderlichkeit im Sinne einer Unerlässlichkeit der Regelung des VfGG für die Sicherung des Zwecks des Verfahrens

15.06.2016, [G 25/2016 ua](#)

EU-JZG; Auslieferungs- und RechtshilfeG; Abweisung eines Parteiantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des EU-JZG und des ARHG betreffend den **Europäischen Haftbefehl** und die Prüfung der Zulässigkeit des **Auslieferungersuchens** durch das (inländische) Gericht; kein Verstoß gegen den Gleichheitssatz; kein Verstoß gegen das Determinierungsgebot; teilweise Zurückweisung des Antrags mangels Präjudizialität

02.07.2016, [V 157-160/2015 ua](#)

Stmk Landes-StraßenverwaltungsG; Stmk GemeindeO; Aufhebung von Verordnungen für die Betriebsgenehmigung der **Shopping City Seiersberg** als gesetzwidrig; die Einordnung der Zentrumsflächen als **öffentliche Interessentenwege** entspricht nicht den gesetzlichen Erfordernissen; diese dienen nicht überwiegend nur dem individuellen (örtlichen) Verkehrsinteresse bloß einer beschränkten Anzahl von Liegenschaftsbesitzern oder -bewohnern, sondern vor allem auch dem allgemeinen Verkehrsinteresse von Menschen aus ganz Österreich und dem Ausland; Inkrafttreten der Aufhebungen erst mit 15. Jänner 2017

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

VwGH 14.04.2016, [Ro 2016/21/0005](#)

FremdenpolizeiG; VwGVG; der Bf war im Beschwerdeverfahren vor dem BVwG durch einen österreichischen Rechtsanwalt vertreten; dennoch veranlasste das BVwG die **Zustellung des Erkenntnisses** an den Rechtsvertreter (ausschließlich) **gem § 11a Abs 4 FremdenpolizeiG**, wonach die Zustellung der Entscheidungen des BVwG über die Vertretungsbehörde zu erfolgen habe, im Wege des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres über die Botschaft; diese Bestimmung ist allerdings teleologisch dahingehend zu reduzieren, dass sie nur solche Fälle erfasst, in denen der Adressat der Entscheidung **keinen inländischen Vertreter** hat

VwGH 20.06.2016, [Ra 2015/09/0080](#)

GlücksspielG; um beurteilen zu können, ob Unionsrecht unmittelbar anwendbar ist, haben die VwG Feststellungen dazu zu treffen, ob die **Monopolregelung des GlücksspielG** den **unionsrechtlichen Vorgaben** entspricht; für den Fall der Nichtanwendbarkeit von Unionsrecht hat sich das VwG auch mit der Frage verfassungsrechtlicher Bedenken der Anwendung von § 52 GlücksspielG wegen **Inländerdiskriminierung** auseinanderzusetzen; derartige Feststellungen bzw weitere rechtliche Auseinandersetzungen wurden vom VwG nicht vorgenommen

VwGH 28.06.2016, [Ra 2016/06/0015](#)

Sbg BaupolizeiG; **VwGVG**; Erteilung der Bewilligung für die Errichtung eines Wohnhauses; das LVwG hat sich nicht mit dem Beschwerdevorbringen auseinandergesetzt, dass das Bauvorhaben die südwestliche Baugrenzlinie überschreite; es kann somit nicht abschließend beurteilt werden, ob eine Verletzung der Nachbarn in deren subjektiv-öffentlichen Rechten auf Einhaltung der Abstandsbestimmungen iSd § 16 Abs 6 Sbg BaupolizeiG vorliegt; das angefochtene **Erkenntnis** erweist sich daher als derart **mangelhaft begründet**, dass eine **nachprüfende (inhaltliche) Kontrolle durch den VwGH** nicht möglich ist

VwGH 28.06.2016, [Ra 2016/17/0057](#)

VStG; Parken eines Kraftfahrzeugs ohne den nötigen Parkschein in einer gebührenpflichtigen Kurzparkzone; im Tatzeitpunkt am 15. Juni 2015 zwischen 20:24 Uhr und 20:38 war am Tatort die gebührenpflichtige Kurzparkzone von Montag bis Freitag von 09:00 Uhr bis 21:00 Uhr verordnet, weshalb jedenfalls die Abgabepflicht entstanden ist; die tatsächliche Verletzung wird durch eine spätere Substituierung durch eine für den Abgabepflichtigen günstigere Bestimmung nicht beseitigt; eine **nachträgliche außerstrafrechtliche Rechtsänderung** ändere nichts an der **bereits eingetretenen Strafbarkeit**

VwGH 30.06.2016, [2013/07/0095](#)

AbfallwirtschaftsG; bescheidmäßige Feststellung gem § 6 des AbfallwirtschaftsG, dass die von der bf Partei im **Stahlwerk Linz hergestellte LD-Schlacke** kein Abfall iSd § 2 AbfallwirtschaftsG ist; keine Überwälzung der Beweislast für die Unbedenklichkeit eines Stoffs oder Gegenstands iSd § 2 Abs 3a Z 4 AbfallwirtschaftsG auf dessen Inhaber; Grundsatz der amtswegigen Ermittlungspflicht; das Fehlen von Gesamtgehaltsuntersuchungen hätte zur Aufhebung des Feststellungsbescheids zwecks Ergänzung des Ermittlungsverfahrens führen müssen; **die Feststellung, ob ein Nebenprodukt oder Abfall vorliegt**, hat sich am Einsatzzweck zu orientieren

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 05.07.2016, [W219 2115622-1](#)

LuftfahrtG; das **Tauglichkeitszeugnis** an einen **Fluglotsen** ist dann auszustellen, wenn der Fluglotse die Vorschriften der Verordnung (EU) Nr 805/2011 erfüllt; nicht in jedem Einzelfall zu überprüfen sind die (allgemeinen) Anforderungen an die medizinische Tauglichkeit von Fluglotsen nach Anhang Vb der Verordnung (EG) Nr 216/2008; diese Regeln stellen nur die inhaltlichen Determinanten für die Erlassung der Durchführungsverordnungen wie eben der Verordnung (EU) Nr 805/2011 dar

LVwG NÖ 03.06.2016, [LVwG-AV-549/001-2016](#)

VwGVG; **ZustellG**; § 7 Abs 3 VwGVG räumt einer Verfahrenspartei ein **Beschwerderecht** bereits dann ein, wenn der Bescheid einer anderen Partei zugestellt oder verkündet worden ist; zunächst bedarf es jedoch einer Entscheidung über die **Parteistellung** des Bf durch die Verwaltungsbehörde, bevor das VwG mittels Beschwerde angerufen werden kann; ggst war die Beschwerde des Bf, die vor bescheidmäßiger Klärung seiner Parteistellung durch die Verwaltungsbehörde erfolgt ist, als unzulässig zu qualifizieren und daher zurückzuweisen

LVwG Tir 17.05.2016, [LVwG-2016/43/0886-1](#)

Tir BauO; Zurückweisung einer Beschwerde mangels Parteistellung der Bf; die **Bewilligung von Bauvorhaben**, die sich unterhalb der Schwelle eines Neu- oder Zubaus iSd Tir BauO befinden, somit auch Änderungen, die rein die Stellplätze betreffen, sind nicht von der **Zustimmung** allfälliger **Miteigentümer** abhängig

LVwG Tirol 03.06.2016, [LVwG-2016/26/0001-14](#)

Tir BauO; die **Abstandsregelung** des § 5 Abs 4 zweiter Satz Tir BauO setzt nicht messgenau dieselben Abstände der Bestandsgebäude von der Verkehrsfläche voraus; die „**Einheitlichkeit der Abstände**“ kann auch dann noch angenommen werden, wenn die festgestellten Abstandsunterschiede entweder für das menschliche Auge gar nicht wahrnehmbar sind oder die Unterschiede dermaßen geringfügig sind, dass sich ein einheitliches Gesamtbild unzweifelhaft noch ergibt

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[19.07.2016, Rs C-455/14 P, H / Rat ua](#)

Rechtsmittel – **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** (GASP) – Beschluss 2009/906/GASP – **Polizeimission** der Europäischen Union (EUPM) in Bosnien und Herzegowina – Abgeordneter nationaler Bediensteter – **Versetzung in ein Regionalbüro** dieser Mission – Art 24 Abs 1 Unterabs 2 letzter Satz EUV – Art 275 Abs 1 AEUV – **Nichtigkeits- und Schadenersatzklage** – Zuständigkeit der Gerichte der Europäischen Union – Art 263, 268 und 340 Abs 2 AEUV

[19.07.2016, Rs C-526/14, Kotnik ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gültigkeit und Auslegung der **Bankenmitteilung der Kommission** – Auslegung der Richtlinien 2001/24/EG und 2012/30/EU – **Staatliche Beihilfen** für Banken im Kontext der Finanzkrise – Lastenverteilung – Liquidation des Eigenkapitals der Aktionäre, des Hybridkapitals und nachrangiger Schuldtitelfonds – **Grundsatz des Vertrauensschutzes** – **Eigentumsrecht** – Schutz der Interessen der Gesellschafter und Dritter – **Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten**

[20.07.2016, Rs C-341/15, Maschek](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – Anspruch auf **bezahlten Jahresurlaub** – Versetzung in den **Ruhestand auf Antrag des Betroffenen** – Arbeitnehmer, der seinen bezahlten Jahresurlaub vor Ende seines Arbeitsverhältnisses nicht verbraucht hat – Nationale Regelung, die eine **finanzielle Vergütung** für nicht genommenen bezahlten Jahresurlaub ausschließt – Krankheitsurlaub – Beamte

[21.07.2016, Rs C-493/14, Dilly's Wellnesshotel](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – **Beihilferegulation** in Form von **Umweltsteuerermäßigungen** – Verordnung (EG) Nr 800/2008 – Gruppen von Beihilfen, die als **mit dem Binnenmarkt vereinbar** und von der Anmeldepflicht freigestellt angesehen werden können – **Zwingender Charakter der Freistellungsvoraussetzungen** – Art 3 Abs 1 – Ausdrücklicher Verweis auf diese Verordnung in der Beihilferegulation

[21.07.2016, Rs C-542/14, VM Remonts ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wettbewerb** – Art 101 Abs 1 AEUV – Rein **innerstaatlicher Sachverhalt** – Anwendung einer entsprechenden nationalen Vorschrift – Zuständigkeit des Gerichtshofs – **Abgestimmte Verhaltensweise** – Haftung eines Unternehmens für das **Fehlverhalten eines Dienstleisters** – Voraussetzungen

[21.07.2016, Rs C-597/14 P, EUIPO / Grau Ferrer](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 76 Abs 2 – Verordnung (EG) Nr 2868/95 – Regel 50 Abs 1 Unterabs 3 – **Bildmarke** – Widerspruch des Inhabers einer älteren Marke – Nachweis über die Existenz, die Gültigkeit und den **Schutzumfang der älteren Marke** – Berücksichtigung eines **verspätet vorgelegten Beweismittels** durch die Beschwerdekammer – Zurückweisung des Widerspruchs durch die Beschwerdekammer

[21.07.2016, Rs C-4/15, Argos Supply Trading](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Gemeinsamer Zolltarif – **Zollverfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung** – Passive Veredelung – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Art 148 Buchst c – Erteilung einer Bewilligung – Wirtschaftliche Vo-

raussetzungen – Keine erhebliche **Beeinträchtigung wesentlicher Interessen** von Verarbeitern in der Gemeinschaft – **Begriff ‚Verarbeiter in der Gemeinschaft‘**

[21.07.2016, Rs C-226/15 P, Apple and Pear Australia und Star Fruits Diffusion / EUIPO](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Anmeldung der Unionswortmarke English pink – Widerspruch des Inhabers der Wortmarke PINK LADY und von **Bildmarken mit den Wortbestandteilen** ‚Pink Lady‘ – Zurückweisung des Widerspruchs – Entscheidung eines Unionsmarkengerichts – Abänderung – Rechtskraft

[21.07.2016, verb Rs C-387/15 und C-388/15, Orleans ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 92/43/EWG – **Erhaltung der natürlichen Lebensräume** – Besondere Schutzgebiete – **Natura-2000-Gebiet** ‚Ästuar von Schelde und Durme von der niederländischen Grenze bis Gent‘ – Entwicklung eines **Hafengebiets** – Prüfung der Verträglichkeit eines Plans oder Projekts mit einem geschützten Gebiet – Verwirklichung **schädlicher Auswirkungen** – Vorhergehende aber noch nicht abgeschlossene Entwicklung eines dem zerstörten Teil entsprechenden Areals dieser Art – Abschluss nach der Prüfung – Art 6 Abs 3 und 4

B. SCHLUSSANTRÄGE

[19.07.2016, Rs C-577/14 P, Brandconcern / EUIPO \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Wortmarke Lambretta – Antrag der Brandconcern BV auf Erklärung des Verfalls – Erklärung des **teilweisen Verfalls**

[19.07.2016, verb Rs C-203/15 und C-698/15, Tele2 Sverige \(GA Smaugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2002/58/EG – Verarbeitung **personenbezogener Daten** und **Schutz der Privatsphäre** in der elektronischen Kommunikation – Innerstaatliche Rechtsvorschriften, die eine generelle Verpflichtung zur **Vorratsspeicherung von Daten** elektronischer Kommunikationsvorgänge vorschreiben – Art 15 Abs 1 – **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** – Art 7 – Recht auf Achtung der Privatsphäre – Art 8 – Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten – **Schwerer Eingriff** – Rechtfertigung – Art 52 Abs 1 – Voraussetzungen – Legitimes Ziel der Bekämpfung schwerer Kriminalität – Erfordernis einer **gesetzlichen Grundlage im innerstaatlichen Recht** – Erfordernis des absolut Notwendigen – Erfordernis der Verhältnismäßigkeit in einer demokratischen Gesellschaft

[21.07.2016, Rs C-127/15, Verein für Konsumenteninformation \(GA Sharpston\)](#)

Verbraucherschutz – Verbraucher kreditverträge – Richtlinie 2008/48/EG – Auslegung von Art 3 Buchst f – **Begriff ‚Kreditvermittler‘** – Frage, ob von einem Inkassounternehmen im Namen des Kreditgebers geschlossene **Ratenzahlungsvereinbarungen** ‚Kreditverträge, die die **unentgeltliche Stundung einer bestehenden Forderung** zum Gegenstand haben‘, im Sinne von Art 2 Abs 2 Buchst j der Richtlinie darstellen

[21.07.2016, Rs C-162/15 P, Evonik Degussa / Kommission \(GA Szpunar\)](#)

Rechtsmittel – Durchführung der Art 101 und 102 AEUV – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – **Veröffentlichung von Beschlüssen der Kommission** – Art 30 – Mandat des Anhörungsbeauftragten in Wettbewerbsverfahren – Beschluss 2011/695/EU – Art 8 – **Wahrung des Berufsgeheimnisses** – Art 339 AEUV – **Begriff ‚Geschäftsgeheimnisse oder sonstige vertrauliche Angaben‘** – Informationen, die sich aus der **Kronzeugenerklärung** eines Unternehmens ergeben – Ablehnung eines Antrags auf vertrauliche Behandlung – **Vertrauensschutz**

[21.07.2016, Rs C-258/15, Salaberria Sorondo \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf** – Diskriminierung wegen des Alters – Richtlinie 2000/78/EG – **Altersgrenze von 35 Jahren** für die Teilnahme an einem Auswahlverfahren zur Einstellung bei der Autonomen Polizei des Baskenlands – **Körperliche Fähigkeiten** – Wesentliche und **entscheidende berufliche Anforderung** – Ziel der Sicherstellung der Einsatzbereitschaft und des ordnungsgemäßen Funktionierens der Polizeidienste – Ziel der **Sicherstellung einer angemessenen Beschäftigungszeit vor dem Eintritt in den Ruhestand** – Ziel in Verbindung mit dem Erfordernis der Ausbildung – Verhältnismäßigkeit

[21.07.2016, Rs C-282/15, Queisser Pharma \(GA Bobek\)](#)

Lebensmittelsicherheit – Mitgliedstaatliche Rechtsvorschriften zum Verbot der Herstellung und des Vertriebs von **Aminosäuren enthaltenden Nahrungsergänzungsmitteln** – Möglichkeit einer in das behördliche Ermessen gestellten **Ausnahme**

C. GERICHT

[20.07.2016, Rs T-11/15, Internet Consulting / EUIPO - Provincia Autonoma di Bolzano-Alto Adige \(SUEDTIROL\)](#)

Unionsmarke – Nichtigkeitsverfahren – Unionswortmarke SUEDETIROL – Art 7 Abs 1 Buchst c und Art 52 Abs 1 Buchst a der Verordnung (EG) Nr 207/2009 – **Absolutes Eintragungshindernis** – **Geografische Herkunftsangabe** – Beschreibender Charakter

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

21.07.2016, Beschwerde Nr. [63066/14](#) ua, *Mamatas ua / Griechenland*

Keine Verletzung von **Art 1 1. ZP EMRK** (Eigentumsfreiheit) und **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot); **Austausch** der griechischen **Staatsanleihen** der Bf gegen Anleihen von **geringerem Wert** aufgrund der finanziellen **Krise** des Staats nicht konventionswidrig; Eingriff in Eigentumsfreiheit gerechtfertigt und innerhalb des staatlichen Ermessensspielraums

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml; Mag. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.